



Protokollauszug  
zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 23.01.2025, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

**ÖFFENTLICH**

TOP 1                      TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung  
Ludwigsburg

---

**Beratungsverlauf:**

BM **Mannl** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Siehe separates Protokoll zum Betriebsausschuss Stadtentwässerung.

TOP 2                      Öffentliche Grünanlage St. Paulus                      Vorl.Nr. 289/24  
- Entwurfs- und Baubeschluss

---

**Beschluss:**

Der Entwurfs- und Baubeschluss zur Sanierung und Umgestaltung der Grünanlage St. Paulus wird entsprechend der Entwurfsplanung des Landschaftsarchitekturbüros Jetter Landschaftsarchitekten, Stuttgart zugestimmt.

Die Projektkosten von 350.000,00 € inkl. 19 % Mehrwertsteuer auf der Grundlage der Kostenberechnungen des Landschaftsarchitekturbüros Jetter und der Stadt Ludwigsburg vom November 2024 werden genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:    Stadträtin Fritz

**Beratungsverlauf:**

BM **Mannl** verweist auf die Vorlage Nr. 289/24. Anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, erläutert die **Leiterin** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen den Sachverhalt. Der Fachbereich habe sich früh entschieden, das besondere Projekt mit der TDL verwaltungsintern umzusetzen. Die Auszubildenden im Grünflächenbereich erhalten die Möglichkeit eine Fläche zu gestalten.

BM **Mannl** stellt klar, dass der Gewinner-Entwurf von 2017 (nach dem Wettbewerbsverfahren) den neuen finanziellen Strukturen angepasst wurde und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** möchte wissen, ob alternativ zum Asphalt an der Hauptwegeverbindung eine andere Beschichtung möglich sei und welche Bäume angepflanzt werden, da Felsenbirnen nach ihrer Kenntnis nicht so hitzebeständig seien.

Stadträtin **Dr. Klünder** fragt, ob weitere Einsparmöglichkeiten möglich seien.

Stadtrat **Peifer** befürwortet das Projekt mit den Auszubildenden und erkundigt sich ebenfalls nach dem geplanten Asphalt.

Stadtrat **Eisele** bestätigt, dass mit dem Umbau der Kirche eine neue Offenheit nach Außen dargestellt werden soll. Diese Offenheit werde gelebt, die Menschen der Stiftung Liebenau würden am Gottesdienst und den Festen teilnehmen und seien integriert. Es sei eine gute Verbindung zwischen den drei Stadtteilen geschaffen worden.

Die Entwurfsplanung sei gelungen, teilt Stadtrat **Tübek** mit. Er könne zustimmen.

Stadträtin **Liepins** gefällt die Planung. 350.000 € halte sie immer noch für teuer, insbesondere da bereits ein Baumbestand vorhanden sei. Sie erkundigt sich nach dem künftigen Pflegeaufwand.

Aus Sicht von Stadtrat **Ziemann** sollten die Bänke mit einer Holzbeplankung aufgestellt werden. Kunststoffbänke würden schlecht abtrocknen, dies habe sich bei den Bänken, die am Neckar aufgestellt wurden, gezeigt.

Die **Fachbereichsleiterin** erläutert, dass kein Asphalt verbaut werde, nur zur Angleichung an den bestehenden Weg und der Bushaltestelle. Grundsätzlich dürfe die Preisentwicklung der letzten Jahre nicht vergessen werden. Die Holzbänke werden in guter, haltbarer Qualität, ausgeführt. Neben 2 Ahornbäumen werden 3 Felsenbirnen gepflanzt. Die Unterhaltungskosten seien gering, mit wenig Pflegegängen und einer wartungsarmen wassergebundenen Wegedecke. Die Kosten einer Sitzbank für 3 Personen mit 3 Armlehnen liege bei ca. 1.500 €.

Stadtrat **Passaro** hoffe, dass später keine Beleuchtung nachgerüstet werden müsse.

Im Anschluss lässt BM **Mannl** über die Vorlage 289/24 Beschluss fassen.

---

**Beratungsverlauf:**

BM **Mannl** verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2024 (Vorl. Nr. 307/24) und führt in das Thema ein. Anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, erläutert ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen den Sachverhalt und ergänzt, dass während der Brutperiode die Lautsprecher nicht aktiviert werden dürfen.

BM **Mannl** stellt fest, dass die Stadt nicht die zuständige Behörde sei. Die Grundstrategie sei es, den Ansiedlungsversuch zu verhindern. Im Stadtgebiet würden die Saatkrähen dennoch bleiben.

Stadtrat **Passaro** habe durch Bürger erfahren, dass das Tierheim die Krähen beim Tierheim anfüttere. Es gehe ihm ausschließlich um das Kindeswohl und darum, die Krähen aus dem Schulcampus zu bekommen. Auf die akustische Vergrämung würden die Krähen nicht reagieren. Er plädiere deshalb für neue Maßnahmen.

Stadträtin **Dr. Knoß** möchte wissen, weshalb der Rückschnitt der Bäume noch nicht stattgefunden habe. Grundsätzlich sei sie der Meinung, dass manche Dinge hingenommen werden müssen. Stadträtin Dr. Knoß schlägt vor zu prüfen, ob eine temporäre Überdachung der Fahrradständer zu den Haupt-Brutzeiten denkbar wäre oder die Schaffung eines Ersatzquartieres an der Bärenwiese oder dem Favoritepark. Ein Falkner bringe sicherlich auch Proteste mit sich.

Stadtrat **Zeltwanger** plädiert für Lösungen, damit der Unterricht funktioniere.

Auch im Hinblick auf die Verschmutzung müsse man eine Lösung finden, teilt Stadträtin **Liepins** mit.

Stadtrat **Ziemann** hält die Vergrämung für ein naives Konzept.

Stadtrat **Eisele** erinnert daran, dass am 23.04.2024 die LKZ berichtet habe, dass die Schulleitungen der Innenstadtgymnasien Hilferufe gesendet haben. Für ihn gehöre die Saatkrähe nicht in die Innenstadt und sei auch bis 2005 nicht dort gewesen. Neue Lösungsansätze würden fehlen. Auch Anwohner wäre betroffen, die ihre Balkone nicht mehr nutzen können.

Stadtrat **Tübek** erkundigt sich, ob andere Städte vergleichbare Probleme haben, und wie diese ggf. mit dieser Problemstellung umgehen.

BM **Mannl** verdeutlicht, dass eine Nestentnahme ausschließlich aufgrund der Schulen dort möglich sei.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen ergänzt, dass durch den Einsatz des Falkners die Saatkrähen vertrieben und nicht ausschließlich getötet werden. Die Jagd erfolge mit einem Wüstenbussard und der Einsatz wäre, wie bei den anderen Lösungen ebenfalls, über 2-3 Jahre erforderlich. Die Saatkrähe breite sich deutschlandweit aus. In anderen Städten konnten erfolge mit der akustischen Vergrämung nachgewiesen werden. Die Anschaffungskosten der KI lagen bei ca.

---

6.000 €, die jährlichen Servicekosten liegen bei ca. 200 €. Ein Anfüttern würde nicht zum Erfolg führen, da die Krähen täglich in einem Radius von mehreren Kilometern unterwegs seien. Die Innenstädte wurden für die Krähen ein Sekundär-Habitat, da die ursprünglichen Habitate im Außenbereich durch den Strukturwandel nicht mehr vorhanden seien.

BM **Mannl** bekräftigt, dass durch den Einsatz eines Falkners Vögel aufeinandergehetzt, getötet und runterfallen könnten. Diese Bilder würden auf die Bevölkerung eine Wirkung haben. Das Vorgehen müsste mit dem Landkreis abgestimmt und Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die bisher getroffenen Maßnahmen mit den Lautsprechern und den Schnittmaßnahmen würden dem natürlichen Trend der Vermehrung entgegenwirken.

Stadtrat **Zeltwanger** habe mit den getroffenen Maßnahmen keine Hoffnung auf Verbesserung für die Schulen.

Stadtrat **Dr. O´ Sullivan** erkundigt sich nach den Ausmaßen und Schäden durch die Krähen und ob konkret Anträge beim Landratsamt gestellt worden seien und wie diese beschieden wurden. Er gehe davon aus, dass der Einsatz eines Falkners eine Ausnahmegenehmigung erfordere.

Zum Verfahrensstand mit dem Landratsamt erläutert BM **Mannl**, dass die Nestentnahme beantragt werden musste. Eine schriftliche Beantragung einer Falkenjagd sei noch nicht erfolgt, man würde diesen Weg formal und inhaltlich weitergehen. Die bisher getroffenen Maßnahmen seien mit der unteren Naturschutzbehörde einvernehmlich abgestimmt. Dem Landkreis sei das Problem bewusst und der Landkreis unterstütze soweit rechtlich möglich.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereiches ergänzt, dass die Genehmigung einer Falkenjagd ausschließlich in Verbindung mit einem geeigneten Ersatz-Habitat möglich sei.

Stadtrat **Passaro** erklärt sich mit dem weiteren Vorgehen bezüglich des Landratsamtes einverstanden. Das Kindeswohl gehe dem Tierwohl vor.

BM **Mannl** erteilt, mit Zustimmung des Gremiums, dem Schulleiter des Friedrich-Schiller-Gymnasiums das Wort.

Der **Schulleiter** des Friedrich-Schiller-Gymnasiums führt aus, eine Vergrämung, auch mittels eines Falkners, sei nur mit einem entsprechenden Zielort möglich. Man werde daher vermutlich mit einer gewissen Anzahl an Krähen leben müssen. Mit Nestentnahme und gezielter Baumbeschneidung könne man ein Stück weit entgegenwirken. Wichtig seien Überdachungen, weil die größte Belästigung der Kot und Schmutz sei.

Nach Aussprache, teilt BM **Mannl** mit, die bisherigen Maßnahmen werden weiterverfolgt, der Kontakt mit dem Landratsamt Ludwigsburg als unsere Naturschutzbehörde werde weiter intensiviert, um notwendige Genehmigungen für weitere Vergrämuungsmaßnahmen einzuholen.

TOP 3                      Saatkrähen am Schulcampus  
- mündlicher Bericht

---

BM Mannl stellt abschließend fest, der Antrag Vorl. Nr. 307/24 sei mit heutiger Information und Aussprache erledigt.

TOP 3.1                    - Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2024                      Vorl.Nr. 307/24

---

**Beratungsverlauf:**

Siehe TOP 3

TOP 4                      Vorstellung Fachbereich 68 - Technische  
Dienste Ludwigsburg  
- mündlicher Bericht

---

**Beratungsverlauf:**

Der **Leiter** der Technischen Dienste Ludwigsburg (TDL) stellt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, seinen Fachbereich vor. Er beschreibt die TDL als großen Handwerksbetrieb (170 Mitarbeiter) mit 6 unterschiedlichen Bereichen. Derzeit sei die TDL auf 3 Standorte verteilt mit Hauptsitz in der Gänsefußallee, der Gebäudeunterhaltung in der Kammererstraße und der Grünpflege bei der Hauptwache der Feuerwehr. Bis auf die Bereiche Stadtreinigung und Winterdienst, befinde sich die TDL in einem Auftragnehmer-Verhältnis und stelle den Auftraggebern erbrachte Leistungen in Rechnung.

Stadträtin **Dr. Knoß** erkundigt sich nach dem Glatteiserkennungsdienst und wieviel Prozent der Arbeit über den Mängelmelder anfalle.

Stadtrat **Passaro** fragt, ob das vorsorgliche Streuen von Straßen praktiziert werde. Er lobt die Ausbildungstätigkeit der Verwaltung.

Auch Stadtrat **Peifer** lobt die gute Zusammenarbeit mit der TDL.

Stadtrat **Dr. O´ Sullivan** bedankt sich für die tolle Arbeit der TDL und möchte wissen, ob im Bereich der Grünpflege mehr Flächen selbst geplant und gestaltet werden könnten, um weniger Planungsaufträge vergeben zu müssen.

Die Stadträte **Ziemann, Eisele** und **Tübek** schließen sich dem Lob für die TDL und dem Mängelmelder an.

Stadträtin **Dr. Klünder** fragt, nach welchen Kriterien die Straßen ausgewählt werden, die gestreut werden.

Stadträtin **Liepins** erkundigt sich, wieviel Prozent der Grünpflegemaßnahmen durch die TDL ausgeführt werden und wieviel Prozent fremdvergeben werden.

Der **Leiter** der TDL erläutert, dass die Software des Mängelmelders gleich den Fachbereich hinterlege. Es gehen zwischen 1.300 und 1.500 Meldungen im Jahr über den Mängelmelder ein. Manche Meldungen wie Schlaglöcher werden gesammelt und mit Fachbereich 67 (Tiefbau und Grünflächen) abgestimmt. Vorsorgliches Streuen sei erst in den letzten Jahren aufgekommen und nicht durchgeführt worden. Die Streupflicht ende um 21 Uhr.

BM **Mannl** stellt klar, dass die Mitarbeiter der Grünpflege auch den Winterdienst leisten.

Die **Fachbereichsleiterin** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen bestätigt, dass die TDL bei allen Planungen einbezogen werde. Die Unterhaltung unterscheide sich sehr vom Bau und müsse von Anfang an berücksichtigt werden. Das Konzept sei, so viel Planung wie möglich selbst zu übernehmen, große Projekte wie der Fuchshof würden die Kapazitäten übersteigen. Ungefähr 65% aller Planungen werden intern vorgenommen.

### **Beratungsverlauf:**

Der **Leiter** des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung stellt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, die wichtigsten Straßenbaumaßnahmen 2025 vor. Die Grobplanung finde schon weit im Vorfeld zwischen der Stadt, SWLB (Stadtwerke), SEL (Stadtentwässerung), Polizei und LVL (Ludwigsburger Verkehrslinien) statt.

Stadträtin **Dr. Knoß** erkundigt sich nach der Maßnahme am Otto-Konz-Weg und regt an, in der Pflugfelder Straße wieder einen Randstein an der Ecke Wilhelm-Bleyle-Straße einzufügen, um eine klare Vorfahrtsregelung zu schaffen.

Stadtrat **Passaro** fragt, ob die Maßnahmen auch mit dem Regierungspräsidium abgestimmt seien. Des Weiteren interessiere ihn, ob in der Pflugfelder Straße vorbereitende Maßnahmen stattfinden, da während des Umbaus des ZOB der Verkehr über diese umgeleitet werde. Er erkundigt sich, wann dem Ausschuss die die Planungen für die Stern-Kreuzung und die Prioritätenliste bzw. Straßenzustandsliste vorgelegt werde.

Stadtrat **Zeltwanger** erinnert daran, dass im Herbst die meisten Veranstaltungen im Blühenden Barock stattfinden und ein anderer Zeitraum für die Baumaßnahmen geschickter wäre.

Stadträtin **Liepins** erkundigt sich nach einer Straßensanierungsliste.

Stadtrat **Eisele** fürchte, dass die Anzahl der Baustellen durch die Fernwärme extrem ansteigen werde.

BM **Mannl** ergänzt, dass im 1. Halbjahr mit der SWLB ein Workshop zum Fernwärmenetz stattfinden werde. Unter dem Otto-Konz-Radweg liege ein Mittelspannungskabel, dessen schlechter Zustand erst jetzt festgestellt wurde und das erneuert werden müsse, um weitere Stromausfälle zu verhindern. Die Unterlagen zur Stern-Kreuzung werden zur nächsten Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses vorgelegt.

Der **Fachbereichsleiter** fügt hinzu, dass eine Abstimmung mit dem Regierungspräsidium erfolgt sei. In der Vergangenheit habe sich gezeigt, dass Verschiebungen dennoch möglich seien. Die Wilhelm-Bleyle-Straße war eine Zufahrt gewesen und sei seit dem Umbau eine Straße bei der Rechts-vor-Links gelte.

BM **Mannl** erläutert, dass die Maßnahme in der Pflugfelde Straße von der SWLB vorverlegt wurde, um dort zukünftig Busverkehr zu ermöglichen.

Stadträtin **Wiedmann** möchte wissen, ob in der Schorndorfer Straße die Radwege von der Baustelle betroffen seien.

Die **Leiterin** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen teilt mit, der Radweg sei nicht betroffen. Hinsichtlich der Straßensanierungsliste teilt sie mit, die Straßen seien in den Jahren 2021/22 befahren und erfasst worden. Die Datei ändere sich wöchentlich/monatlich und müsse umfangreich so aufgearbeitet und dargestellt werden, dass auch Personen, die nicht täglich damit arbeiten, die Liste verstehen. Es sei vorgesehen, dass ein entsprechender Bericht im Mobilitäts- und Umweltausschuss im März vorgestellt werde.

BM **Mannl** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.